

POL

09.01.2024

ABSCHLUSSBERICHT

*RAN POL „Einführungsschulung zum polizeilichen Dialogansatz, wie er von der schwedischen Polizei eingesetzt wird“**30.-31. Oktober 2023, Lissabon, Portugal*

Einführungsschulung zum polizeilichen Dialogansatz

Wichtige Ergebnisse

In den letzten Jahren ist es zu einem erheblichen Wandel in der Art der Proteste gekommen. Durch Online-Kommunikation und soziale Medien ist es für Gruppen heute leichter geworden, sich zu organisieren und zu mobilisieren. Damit kam es zu einer Zunahme spontaner Proteste, an denen nicht selten auch Personen teilnehmen, die zuvor an solchen Aktivitäten nicht beteiligt waren. Die stärkere Nutzung solcher Online-Dienste verändert aber auch die Art und Weise, wie sich Narrative verbreiten. Aktionsgruppen können Framing-Taktiken einsetzen, um Anhänger zu gewinnen und ihre Aktionen zu legitimieren und gleichzeitig die Legitimität von Maßnahmen der Institutionen und der Polizei zu untergraben. Diese Entwicklungen stellen die Strafverfolgungsbehörden vor eine komplexe Herausforderung. Einerseits ist es Pflicht der Polizei, das Recht auf friedliche Versammlung zu unterstützen. Andererseits ist sie verpflichtet, die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, die durch gewalttätige - oder sogar extremistische - AkteurInnen in ebendiesen Bewegungen bedroht sein können.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, organisierte die RAN Police and Law Enforcement Working Group (POL; RAN-Arbeitsgruppe der Polizei und Strafverfolgungsbehörden) eine Schulung über Theorie und Praxis des schwedischen Modells der dialogischen Polizeiarbeit für Polizeibeamte aus ganz Europa. Dieses Modell basiert auf der Theorie der sozialen Identität, bei dem zwischen konfliktmindernden Prinzipien und speziellen Polizeitaktiken unterschieden wird. Die Prämisse der Schulung war, dass dieser Ansatz das Risiko einer Radikalisierung innerhalb von Protestbewegungen mindern kann. Bei den Teilnehmern handelte es sich um Beamte mit Erfahrung und Fachwissen in der polizeilichen Verfolgung von (politischen) Manifestationen und/oder Extremismus und Radikalisierung.

Schlüsselemente der Schulung waren folgende:

1. Die Aneignung von Wissen über bestimmte Gruppen und die Wahl von Taktiken, die auf diesen Erkenntnissen beruhen, senken im Rahmen (politischer) Kundgebungen das Risiko von Unruhen und Gewalt (und damit die Notwendigkeit, auf repressive Gewalt zurückzugreifen). Gleichzeitig bleibt das demokratische Versammlungsrecht gewahrt.
2. Der Aufbau eines besseren Verhältnisses (und von Vertrauen) zwischen bestimmten Gruppen und der Polizei ist ein (psychologisches) Instrument zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Dies könnte auch die Wahrnehmung und Legitimität der Polizei und ihres Handelns (positiv) beeinflussen.

- Der Dialogansatz kann ein nützliches Instrument für die Polizei sein, um mit (möglicherweise gewalttätigen) Demonstranten in Kontakt zu treten. Allerdings ersetzt er keine anderen bestehenden Taktiken, einschließlich repressiverer Maßnahmen. Dieser Ansatz bildet somit ein neues, zusätzliches Instrument der polizeilichen Mittel zur Überwachung von Demonstrationen.

Zentrale Punkte der Ausbildung

Ziel dieses Ansatzes ist es, die Ausübung des demokratischen Rechts auf (friedliche) Versammlung zu ermöglichen, und gleichzeitig das Auftreten von Gewalt während dieser Demonstrationen sowie eine weitere Radikalisierung der Demonstranten zu mindern bzw. zu verhindern. Der polizeiliche Dialogansatz wird von der schwedischen Polizei seit mehr als zwei Jahrzehnten angewandt. Er basiert auf wissenschaftlichen Erkenntnissen über Gruppendynamiken und -verhalten, wie z. B. der Theorie der sozialen Identität, und greift nicht auf das überholte Konzept der „Psychologie der Massen“ zurück, bei dem die Demonstranten hauptsächlich als homogene Gruppe galten. Dieser Ansatz unterstreicht zudem, wie wichtig es ist, sich Kenntnisse über verschiedene (politische/soziale) Bewegungen und Gruppen anzueignen.

Grundlage für den polizeilichen Dialogansatz in Schweden bilden sozialpsychologische Theorien, insbesondere die Theorie der sozialen Identität. Diese Theorie besagt, dass die kognitive Bindung (oder das Gefühl der Zugehörigkeit) einer Person zu einer bestimmten Gruppe ihr Selbstverständnis und ihre (konstruierte) soziale Identität beeinflusst. Letzteres wiederum beeinflusst ihre Gefühle und Handlungen. Eine Gruppe kann man im weitesten Sinne definieren als eine „Gruppe von Individuen, die sich selbst als eine Gruppe betrachtet“. Nach dieser Theorie muss eine Gruppe ihren Wert und ihre Eigenart gegenüber ihren Mitgliedern ständig bekräftigen, indem sie sich mit anderen Gruppen vergleicht und kontrastiert. Diese anderen Gruppen werden als Fremdgruppen bezeichnet, während sich die Gruppe, mit der man sich identifiziert, Eigengruppe nennt. Dabei steigt der Zusammenhalt innerhalb einer Gruppe je mehr eine vermeintliche Bedrohung durch andere (Fremd-)Gruppen wahrgenommen wird. In Konfliktsituationen treten Gruppenidentitäten stärker in den Vordergrund, und die Vorurteile gegenüber anderen Gruppen werden ausgeprägter. Auf diese Weise könnte auch eine (vermeintliche) Bedrohung zu noch extremistischeren Ansichten und damit zur Radikalisierung von einigen Personen in solchen (Protest-)Bewegungen führen ^(1,2).

Beim elaborierten Modell der sozialen Identität (Elaborated Social Identity Model; ESIM) wird das Verständnis der Gruppendynamiken aus der Theorie der sozialen Identität auf den Kontext der polizeilichen Kontrolle von Großveranstaltungen angewendet. Die wichtigsten Erkenntnisse zeigen, dass die von der Gruppe geteilten Normen das Verhalten und die Beteiligung stark beeinflussen. Ähnlich wie Gruppen sind auch Menschenmengen dazu in der Lage, kollektive Normen zu verschieben und damit das kollektive Verhalten zu beeinflussen. Ein Katalysator für diese Verschiebung sind die wahrgenommenen Verhaltensweisen und Einstellungen anderer Gruppen, die die Identität der eigenen Gruppe angesichts der vermeintlichen Bedrohung von außen untermauern bzw. verstärken können. In diesem Zusammenhang können die Strafverfolgungsbehörden selbst als eine Gruppe erachtet werden, die vermeintlich negative oder feindliche Beziehungen zu bestimmten anderen Gruppen unterhalten könnte. Um das Verhalten von Gruppen bei Großveranstaltungen effektiv zu verstehen und vorherzusagen, ist es von entscheidender Bedeutung, die zugrunde liegende Dynamik zu erforschen, die ihre Handlungen bestimmt. Für eine erfolgreichere Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden mit den verschiedenen Bewegungen braucht es zudem Informationen über diese Gruppen. Dazu gehört ein Verständnis ihrer (Führungs-)Strukturen, ihrer ideologischen Motivationen/Weltanschauungen, Ausrichtungen/Rivalitäten und ihrer Selbstwahrnehmung. Im Idealfall gewinnt man dieses Wissen durch einen Dialog mit den Gruppenmitgliedern und ihren (informellen) Führern. Sobald die Strafverfolgungsbehörden wissen, wie diese Gruppen sich selbst wahrnehmen, können sie Schlüsselpersonen und Untergruppen ausmachen, ihre Einsätze strategisch planen und die Einsatzstrategien auf der Grundlage dieser

⁽¹⁾ Berger, J. M. (2017). Extremist construction of identity: How escalating demands for legitimacy shape and define in-group and out-group dynamics. *The International Centre for Counter-Terrorism - The Hague*, 8(7). <http://dx.doi.org/10.19165/2017.1.07>

⁽²⁾ Strindberg, A. (2020). *Social identity theory and the study of terrorism and violent extremism*. Totalförsvarets Forskningsinstitut. <https://www.foi.se/rest-api/report/FOI-R--5062--SE>

Erkenntnisse anpassen. Ein solcher Ansatz ermöglicht folglich eine nuanciertere und sachkundigere Interaktion mit verschiedenen Bewegungen bei Großveranstaltungen ⁽³⁾.

Strategy and tactics based on ESIM

The police's actions must not be based on the assumption that the entire crowd/group poses a risk

Interventions must be directed at individuals, adapted to the actions of individuals

Correctly chosen police tactics can reduce and de-escalate conflicts

Uniformity in police methods

Relationship between police and groups is a psychological tool for maintaining public order

25

*Screenshot einer Folie aus dem Schulungsmaterial

Mit Hilfe der Erkenntnisse der ESIM konnten vier Hauptprinzipien zur Konfliktreduzierung ermittelt werden, die bei der Planung von Einsätzen und bei der Zusammenarbeit mit Protestgruppen angewandt werden sollten ^(4,5,6).

1. **Wissen:** Verstehen der Identität, Motive und Ziele der Demonstranten, aber auch unserer eigenen Haltung. Dazu gehört eine Untersuchung des rechtlichen Rahmens für die polizeiliche Überwachung dieser Veranstaltungen und der Einsatz spezieller Taktiken für bestimmte Gruppen, um das Risiko von Unruhen oder Gewalt zu minimieren.
2. **Kommunikation:** Nutzung des zuvor erworbenen Wissens über Gruppen oder Schlüsselpersonen, um einen Dialog zu initiieren – nicht nur während der Veranstaltungen selbst, sondern auch davor und danach. Zudem sollte man sich bewusst machen, dass Kommunikation nicht nur verbal und von Angesicht zu Angesicht stattfindet. Auch Faktoren wie die Wahl der Kleidung (z. B. Einsatzkleidung oder normale Polizeiuniform) sind zu berücksichtigen, denn sie haben eine Wirkung darauf, wie die Polizeipräsenz von den Gruppen wahrgenommen wird.
3. **Unterstützung:** Unterstützung des Versammlungsrechts und Wahrung der Grundfreiheiten und -rechte der Bürger im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.
4. **Differenzierung:** Erkennen und Unterscheiden zwischen verschiedenen Arten von Demonstranten. Hier gilt, dass nicht alle Menschen zu Gewalt neigen. Die polizeilichen Maßnahmen sollten auf den Einzelnen und dessen Verhaltensweisen zugeschnitten sein.

⁽³⁾ ebd.

⁽⁴⁾ GODIAC project (Field Study Handbook): *Good practice for dialogue and communication as strategic principles for policing political manifestations in Europe*. <https://ispc.gencat.cat/en/recerca/projectes-europeus/page-00001/godiac/index.html>

⁽⁵⁾ Reicher, S., Stott, C., Cronin, P., & Adang, O. (2004). An integrated approach to crowd psychology and public order policing. *Policing: An International Journal*, 27(4), 558-572. <https://doi.org/10.1108/13639510410566271>

⁽⁶⁾ Reicher, S., Stott, C., Drury, J., Adang, O., Cronin, P., & Livingstone, A. (2007). Knowledge-based public order policing: Principles and practice. *Policing*, 1(4), 403-415. <https://doi.org/10.1093/police/pam067>

Die vier Hauptziele dieser speziellen Taktiken sind: 1) Sicherheit sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden, 2) Schutz der demokratischen Rechte, 3) verstärkte Strafverfolgung und 4) die Polizei muss ihr Verständnis für die Gesellschaft und die politischen Bewegungen verbessern.

Im Rahmen der Schulung kamen die Teilnehmer mit ihren Kollegen ins Gespräch. Dabei unterhielten sich die Teilnehmer über ihre Ansätze und erörterten Möglichkeiten zur Umsetzung des schwedische Modells in ihren jeweiligen Ländern. Im Rahmen der Diskussionen wurde deutlich, dass es in einigen Ländern bereits Maßnahmen wie den polizeilichen Dialogansatz aus Schweden gibt, während er für einige andere Länder völlig neu ist. Es ist von der Polizeikultur abhängig, ob sich der Ansatz in anderen Ländern ebenfalls durchsetzen lässt, und davon, inwieweit es als notwendig erachtet wird, ihn zu den (bestehenden) lokalen Ansätzen hinzuzufügen.

Folgende Herausforderungen wurden von den Teilnehmern erörtert:

- **Die Abneigung bestimmter Gruppen gegen einen Dialog mit der Polizei:** Bestimmte Gruppen, wie die Extinction Rebellion (XR), sind eher nicht bereit, mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenzuarbeiten. In diesen Fällen sind nonverbale Formen der Kommunikation, wie Kleidung oder Verhalten, entscheidend für die Vertrauensbildung. Auch das Ausmaß und die Art der Polizeipräsenz sowie der Maßnahmen sprechen zu den Demonstranten. Darüber hinaus könnten die Strafverfolgungsbehörden andere Methoden wie eine Interaktion über Online-Medien ausprobieren, um Informationen zu sammeln oder mit Mitgliedern in Kontakt zu treten.
- **Spontane/fragmentierte Proteste:** Bei regierungsfeindlichen oder Umweltprotesten fehlt es den Demonstrationen hin und wieder an klarer Organisation oder sichtbarer Führung. Doch selbst in solch scheinbar führerlosen Bewegungen lassen sich informelle Führer ausmachen. Diese informellen Führer zu ermitteln und zu verstehen, wird immer wichtiger, wenn man den Verlauf solcher Proteste beeinflussen möchte.
- **Den „Anderen“ verstehen:** Sich auf bestimmte Gruppen einzulassen, um deren Beweggründe oder Weltanschauung zu „verstehen“, kann schwer fallen oder Widerwillen auslösen. Dabei sollte man jedoch nie vergessen, dass Verständnis nicht gleichbedeutend damit ist, dass man deren Überzeugungen teilt oder ihnen entgegen kommt.
- **Herausforderungen beim Austausch von Informationen:** In einigen Ländern werden Informationen über bestimmte Gruppen vielleicht nicht in großem Umfang zwischen den verschiedenen Behörden oder mit den an vorderster Front im Einsatz befindlichen Beamten ausgetauscht. Diese Informationslücke führt zu Herausforderungen und kann proaktive und wirksame Einsatzstrategien ggf. behindern.
- **Verpasste Chancen durch suboptimale interne Koordination:** Die Maßnahmen der Dialogpolizei und anderer Einheiten müssen koordiniert und sogar integriert werden. Dasselbe gilt für den Informationsaustausch zwischen der Dialogpolizei und anderen Einheiten.
- **Kosten/Nutzen des polizeilichen Dialogansatzes:** Der polizeiliche Dialogansatz könnte zusätzliche Zeit und Ressourcen erforderlich machen. Allerdings können sich durch seine Umsetzung die Kosten für Schäden, Rechtsstreitigkeiten und gesellschaftliche Folgen im Laufe der Zeit verringern. Dieser Ansatz kann zudem soziale Vorteile mit sich bringen, indem er für bessere Beziehungen zwischen den Gemeinschaften sorgt. Ein polizeilicher Dialogansatz kann einen Beitrag zu weniger gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Demonstranten leisten, was sich positiv auf das öffentliche Ansehen der Polizei auswirkt. Dadurch wird die Arbeit der Bereitschaftspolizei attraktiver.
- **Anforderungen an Polizeibeamte:** Die wirksame Umsetzung des polizeilichen Dialogansatzes erfordert erhebliche Anstrengungen und das Engagement aller Polizeibeamten, die mit diesen Gruppen zu tun haben. Dafür braucht es ein hohes Maß an Verständnis, Geduld und Anpassungsfähigkeit im Umgang miteinander. Alle Polizeibeamten müssen angemessen geschult werden, um die verfügbaren Informationen effektiv nutzen zu können.

Dank

Die Arbeitsgruppe RAN POL(ice) bedankt sich bei den Ausbildern Anders Strindberg, Carl-Johan Ahlstrom und Tanja Viklund, dass sie ihr Engagement, ihr Fachwissen und ihre Energie an ihre Polizeikollegen weitergegeben haben.

Weiterführende Literatur

- Berger, J. M. (2017). Extremist construction of identity: How escalating demands for legitimacy shape and define in-group and out-group dynamics. *The International Centre for Counter-Terrorism - The Hague*, 8(7). <http://dx.doi.org/10.19165/2017.1.07>
- Brannan, D. W., & Strindberg, A. (2023). The social identity analytical method: Facilitating social science-based practitioner analysis of violent substate conflict. *Studies in Conflict & Terrorism*, Online. <https://doi.org/10.1080/1057610X.2023.2256538>
- Ellefsen, R., Jämte, J., & Sjøen, M. M. (2023). Key dilemmas in the prevention of radicalization and violent extremism. *The Journal for Deradicalization*, (34), 115-144. <https://journals.sfu.ca/jd/index.php/jd/article/view/713>
- Jämte, J., & Ellefsen, R. (2020). The consequences of soft repression. *Mobilization: An International Quarterly*, 25(3), 383-404. <https://doi.org/10.17813/1086-671X-25-3-383>